



Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/222 - Neufassung -

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

- Drucksache 6/397 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/422 -

ZWEITE BERATUNG

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Brandner das Wort.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, es soll nicht zur Gewohnheit werden und langsam ist es mir auch ein bisschen unangenehm, aber ich muss – Sie wissen, was kommt, Frau Rothe-Beinlich – Ihnen wirklich weitestgehend zustimmen und der Kollegin Marx auch. Am meisten hat mich, Frau Rothe-Beinlich, Ihr Schluss beeindruckt. Vor vier Wochen stand ich hier am Rednerpult und habe – ich zitiere mich mal – wörtlich gesagt: „Wir müssen dann auch reden über die Sachen, die Sie durch die Hintertür versucht haben als legal darzustellen, über die Zulagen für den Präsidenten, über die Zulagen für die Fraktionsvorsitzenden, über die Zulagen der Fraktionsgeschäftsführer und auch über die Zulagen der Ausschussvorsitzenden.“

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben Sie nicht erfunden, Herr Brandner!)

Respekt! Ich glaube, Sie haben das Protokoll wunderbar gelesen und zumindest insoweit – ich hoffe, das geht vielleicht in Zukunft noch weiter – meine Ausführungen ein bisschen verinnerlicht.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, wir haben dies in der letzten Legislatur bereits thematisiert!)

Da haben wir den Vorteil, dass wir in den letzten Legislaturperioden noch keine Zulagen zahlen konnten, und wir werden diesen Sündenfall auch nicht begehen. Nachdem ich jetzt so viel gelobt habe – wir wollen ja ein bisschen konfrontativ werden –, wir stimmen zunächst einmal dem zu, was der Ausschuss empfohlen hat, weil es aus unserer Sicht die richtige Richtung ist, wenn auch nur ein winzig kleiner Schritt. Ich habe gerade die anderen Sachen erwähnt. Wir werden auch so ein bisschen zwiegespalten dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen. Wir erkennen zwar die Retourkutsche, die dahintersteckt, und wundern uns, dass der Änderungsantrag zum einen so kurz ist – er könnte ja auch noch andere Positionen umfassen –, wir wundern uns auch sehr darüber, dass Sie Positionen besetzen, die eigentlich unsere Positionen sind. Ich meine, das können Sie natürlich parlamentarisch adeln, was hier passiert, aber wir waren es, die zu Beginn der Legislaturperiode gesagt haben, Freunde, mit vier Vizepräsidenten, die jeweils 70 Prozent mehr bekommen, das ist mit uns nicht zu machen, uns reichen zwei, auch wenn wir dafür selber auf schöne Pöstchen verzichten. Das haben wir durchgezogen, haben wir so gemacht und so ist es jetzt.

(Beifall AfD)

Die Frage stellt sich auch, warum Sie plötzlich merken, dass die Vizepräsidenten zu hohe Zulagen bekommen. Warum Sie das nicht durchgesetzt haben, als Sie die Mehrheit hatten, da hätten Sie es ja durchsetzen können, dann hätten Sie die Zulagen halbieren können oder was auch immer und Sie hätten auch die Anzahl reduzieren können. Das haben Sie nicht gemacht. Also Sie machen es ein bisschen wie auch die Kollegen auf der anderen Seite, die – sagen wir mal sehr deutlich – Wasser predigen und Wein trinken. Wir kamen ja schon darauf zu sprechen, dass die Fraktionen, die hier die Zulagen anprangern, im Bund und in anderen Ländern ganz anders agieren. Da werden Zulagen für besondere Positionen in Fraktionen in Millionenhöhe gezahlt von der SPD im Bundestag beispielsweise. Da zahlen die Grünen 300.000 Euro im Jahr Zulagen. Die PDS, Linke, oder wie sie sich gerade nennt, zahlt immerhin auch noch 100.000 Euro. Also hier so zu tun, als müsste irgendetwas dringend geändert werden, was man woanders genauso macht, wie man es hier verteufelt, das finden wir eigentlich auch mehr als seltsam. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall AfD)

Dass wir gerne – Frau Rothe-Beinlich, ich komme noch einmal auf Sie zurück, Sie müssen nicht zuhören, Sie wissen, was ich sage – bei dieser umfassenden Reform des Abgeordnetengesetzes mitmachen und uns auch da als treibende Kraft sehen, weil das sowohl in unserem Wahlprogramm steht und ich das persönlich schon seit zwanzig Jahren

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Selbstund Fremdbild, Herr Brandner!)

gerne umgesetzt hätte in verschiedenen Positionen oder in verschiedenen Gegenden Deutschlands auch, dass wir das jetzt in Angriff nehmen und hier beispielsweise mit Prof. von Arnim in Kontakt treten, der uns dann sagt, wie es aussehen könnte, wie es optimal oder besser wäre, das steht für uns außer Frage. Deshalb haben wir auch nicht aus der Hüfte geschossen so wie die – wenn ich das sagen darf – CDU-Fraktion heute und haben den Änderungsantrag vorgelegt, sondern wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der wird bei der nächsten Plenarsitzung dann behandelt werden. Der hat genau das zum Inhalt, was heute hier zur Debatte steht, nämlich die deutliche Reduzierung der Zusatzvergütung für die Vizepräsidenten, aber auch – und ich denke, da können wir auch

schnell einen Konsens erzielen –, dass die steuerfreie Zusatzvergütung für die Ausschussvorsitzenden abgeschafft wird, denn das ist etwas, was aus unserer Sicht überhaupt nicht zu rechtfertigen ist.

(Beifall AfD)

Aber auch über alle anderen Sachen können wir gerne reden. Was jetzt noch die Frage angeht, wie die CDU mit ihrem Sündenfall in den vergangenen Jahren umgehen sollte, habe ich eigentlich auch einen Vorschlag. Herr Carius wird das als Landtagspräsident prüfen und darf es natürlich nicht abschließend beurteilen. Also er müsste eigentlich so handeln wie jede andere Behörde auch; er müsste den Rückforderungsbescheid erlassen und der würde dann ganz normal, wie es in Deutschland üblich ist, durch die Gerichte geprüft und nicht durch denjenigen geprüft, der das Ganze eigentlich mit am Laufen gehalten hat, das ganze System. Wir stimmen heute hier dem Antrag sowohl der Regierungsfractionen als auch der CDU zu und hoffen, dass wir gemeinsam noch weiter in die richtige Richtung marschieren werden. Danke für die ungeteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat sich der Abgeordnete Korschewsky zu Wort gemeldet.